

17
80

Union in Deutschland

Bonn, den 7. Mai 1980

Schuldenberg und Inflation

Die größte wirtschaftspolitische Herausforderung für die 80er Jahre heißt: Inflation. Auch bei uns setzt sich der Preisanstieg auf allen Stufen fort. Zwar zählt die Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig noch nicht zu den Ländern mit den höchsten Inflationsraten. Aber das Tempo der Inflation ist ebenso beängstigend wie der Inflationssockel, mit dem wir in die 80er Jahre gehen: Er beträgt annähernd sechs Prozent.

Hierzu stellt Helmut Kohl fest: Die SPD scheut sich nicht, im Wahlkampf zu behaupten: „Sozialdemokraten sind für eine Politik der Stabilität. Sie gewährleisten eine solide Staatsfinanzierung, die den Bürger und die Wirtschaft in ihrer Steuerkraft nicht überfordert und die Risiken einer übermäßigen Staatsverschuldung vermeidet.“ Aber die SPDgeführten Bundesregierungen haben in den Jahren nach 1969 bewiesen, daß sie zu einer solchen Stabilitätspolitik niemals in der Lage gewesen sind. Das ist die traurige wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Bilanz nach zehn Jahren SPD/FDP-Koalition:

■ 1969 gab es 179 000 Arbeitslose; heute sind es rund 900 000;

■ 1969 betrug die Preissteigerungsrate 1,9 Prozent; heute ist sie auf rund sechs Prozent gestiegen;
(Weiter auf Seite 2)

■ BUNDESPARTEI

Tagesordnung und Zeitplan des
 28. Bundesparteitages in Berlin
 Seite 3

■ UMWELTSCHUTZ

Statt Überwachung und Kontrolle
 bessere Rahmenbedingungen
 Seite 5

■ ENTWICKLUNGSHILFE

Strategie der zwei Wege soll
 auch unseren Freunden zugute
 kommen
 Seite 7

■ KOALITION

Brief Carters an Schmidt zwei
 Tage unbeachtet im Kanzleramt
 Seite 9

■ JUGENDHILFE

Union kann auch dem jüngsten
 Regierungsentwurf nicht zustimmen
 Seite 11

■ KUNST

Fünf-Punkte-Katalog zur Förderung
 junger Künstler
 Seite 14

■ DOKUMENTATION

Nur das Energiekonzept der
 CDU verhindert Wirtschaftskatastrophe
 grüner Teil

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Mitgliederwerbung
 rosa Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

■ 1969 hatten wir ein Wirtschaftswachstum von 8,2 Prozent; heute ist es auf 2,5 Prozent geschrumpft;

■ 1969 beliefen sich die Schulden des Bundes auf 45 Milliarden; heute sind sie auf 225 Milliarden emporgeschneit.

Anfang der 70er Jahre jubelte der ehemalige SPD-Wirtschaftsminister Schiller: „Die Inflation ist tot wie ein rostiger Nagel.“ Schon ein Jahr später trat der SPD-Finanzminister Möller zurück, weil er die inflationäre Haushaltspolitik des Kabinetts Brandt/Scheel nicht mit seinem Gewissen vereinbaren konnte. Wiederum ein Jahr später gab Schiller selber sein Amt auf und erklärte: „Ich bin nicht bereit, eine Politik mitzutragen, die nach dem Motto verfährt: Nach mir die Sintflut.“

Schon 1973 hat der Rat der fünf wirtschaftlichen Weisen SPD und FDP in seinem Jahresgutachten die „fatale Neigung“ bescheinigt, „alle Steuereinnahmen alsbald wieder auszugeben“. 1975 stellte er fest: „Die expansiven Impulse der öffentlichen Haushalte seit 1970 förderten den Fortgang der Inflation.“

Die CDU/CSU kann sich mithin auf sachverständige Bundesgenossen berufen, wenn sie SPD und FDP Versagen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik vorwirft. Wir gehen keineswegs „sicher in die 80er Jahre“ — wie dies die SPD in ihren Wahlkampfanzeigen behauptet —, sondern mit schweren Belastungen für die Zukunft. Die Staatsfinanzen sind zerrüttet. Die staatlichen Ausgaben wachsen und wachsen — aber die Leistungen des Staates für die Bürger werden immer geringer. Der Marsch in den Steuer- und Abgabenstaat hat den Willen zur Leistung erschaffen lassen — und die dynamischen Wachstumskräfte erstickt. Der gigantische staatliche

Schuldenberg lastet schwer auf den Schultern künftiger Generationen.

Die Inflation treibt die Einkommen nur scheinbar in die Höhe: Die unsoziale, leistungsfeindliche Steuergesetzgebung sorgt dafür, daß immer mehr Bürger — auch und gerade aus den Reihen der Arbeitnehmerschaft, deren Belange die SPD zu vertreten vorgibt — steuerlich bestraft werden. Ist es verwunderlich, daß eine wachsende Anzahl von Bürgern, die immer mehr vom Staat abhängig werden, auch immer mehr vom Staat fordern? Sozialpolitische Versprechungen, die nur über eine steigende Inflation bezahlt werden können, sind aber in Wahrheit Wahlbetrug.

Mehr noch als vor der offenen Inflation müssen wir uns aber davor hüten, die Inflation zu „stauen“, ohne sie wirklich im Kern zu bekämpfen. Jeder Versuch — etwa durch Preiskontrollen —, die Auswirkungen der Geldvermehrung auf die Preise verhindern zu wollen, läuft letztlich darauf hinaus, das Preissystem — und damit die Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft — außer Kraft zu setzen. Die Geißel Inflation bedroht auch die Freiheit in unserem Lande.

Mißbrauch der Soldaten-Hochschulen

Die Möglichkeiten des „Mißbrauchs“ der Studienmöglichkeit an den Hochschulen der Bundeswehr will der Unionsabgeordnete Ekkehard Voigt unterbunden sehen. Er wies darauf hin, daß Offiziersanwärter, die auf Kosten des Steuerzahlers an den Hochschulen ein Studium absolviert haben, sich dann aber plötzlich auf ihr Recht als Wehrdienstverweigerer berufen und den Streitkräften den Rücken kehren könnten, ohne die Kosten ihrer Ausbildung zurückerstatten zu müssen.

■ BUNDESPARTEI

Der Bundesparteitag der CDU vom 18. bis 20. Mai 1980 in Berlin

Der Bundesvorstand hat die Tagesordnung und Tagungsfolge für den 28. Bundesparteitag vom 18. bis 20. Mai 1980 in Berlin wie folgt beschlossen:

I. Tagesordnung

1. Eröffnung
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlußfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission
5. Wahl der Stimmzählkommission
6. Grußworte
7. Bericht des Parteivorsitzenden
8. Bericht des Generalsekretärs
9. Aussprache
10. Bericht der Mandatsprüfungskommission
11. Vorstellung des Wahlprogramms der Union für die Bundestagswahl 1980
12. Aussprache und Verabschiedung des Wahlprogramms
13. Antrag der Jungen Union — Jugend und Union —
14. Anträge zur Änderung der Status der Beitrags- und Finanzordnung und der Parteigerichtsordnung
15. sonstige Anträge
16. Neuwahl des Bundesparteigerichts für die Zeit vom 7. November 1980 bis 6. November 1984
17. Rede des Kanzlerkandidaten der CDU/CSU
18. Schlußansprache des Parteivorsitzenden

II. Tagungsfolge

Sonntag, 18. Mai 1980

- 15.00 Uhr Sitzung des CDU-Präsidiums
 16.00 Uhr Sitzung des erweiterten Vorstandes
 18.00 Uhr Treffen der Vereinigungen
 20.00 Uhr Treffen der Landesverbände
 20.00 Uhr Empfang für die Presse

Montag, 19. Mai 1980

- 8.30 Uhr ökumenischer Gottesdienst in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche am Kurfürstendamm
 10.00 Uhr Beginn des Parteitages

1. Plenarsitzung

- 10.00 Uhr TOP 1 Eröffnung
 TOP 2 Wahl des Tagungspräsidiums
 TOP 3 Beschlußfassung über die Tagesordnung
 TOP 4 Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission
 TOP 5 Wahl der Stimmzählkommission
 10.15 Uhr TOP 6 Grußworte
 10.45 Uhr TOP 7 Bericht des Parteivorsitzenden
 11.45 Uhr TOP 9 Aussprache zum Bericht des Parteivorsitzenden
 12.30 Uhr Mittagspause

2. Plenarsitzung

- 13.30 Uhr TOP 6 Grußworte ausländischer Parteivertreter

Fortsetzung Seite 4

■ INFORMATION

Zivilschutz darf nicht vernachlässigt werden

Zu den von der Bundesregierung beschlossenen Kürzungen der Haushaltsmittel im Bereich der zivilen Verteidigung und des Zivilschutzes erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe I — Recht und Innen — der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Paul Gerlach: So begrüßenswert es wäre, wenn die Bundesregierung endlich einmal daran ginge, das Wachstum ihres Schuldenberges zu bremsen, so ungeeignet sind hierzu Einsparungen beim Zivilschutz; zeigen sie doch politisch

Fortsetzung von Seite 3

13.50 Uhr TOP 10 Bericht der Mandatsprüfungskommission

14.00 Uhr TOP 8 Bericht des Generalsekretärs und
TOP 11 Vorstellung des Wahlprogramms der Union

14.45 Uhr TOP 12 Aussprache und Verabschiedung des Wahlprogramms

20.00 Uhr Berlin-Abend

Dienstag, 20. Mai 1980

3. Plenarsitzung

9.00 Uhr TOP 14 Anträge zur Änderung des Statuts, der Beitragsordnung und der Parteigerichtsordnung

9.30 Uhr TOP 15 sonstige Anträge

9.45 Uhr TOP 16 Neuwahl des Bundesparteigerichts

10.00 Uhr TOP 13 Antrag der Jungen Union — Jugend und Union

12.00 Uhr TOP 17 Rede des Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß

13.15 Uhr TOP 18 Schlußwort des Parteivorsitzenden

eine völlig falsche Wertung. Es ist ein Irrweg, mit den jetzigen Nachtragshaushaltsbeschlüssen die Löcher im Bereich der Verteidigung nur halbherzig zu stopfen und bei der zivilen Verteidigung und dem Zivilschutz sogar neue Löcher aufzureißen.

Der ganze Bereich der zivilen Verteidigung und des Zivilschutzes wurde von der Bundesregierung vernachlässigt; für nur rund drei Prozent der Bevölkerung stehen Schutzzräume bereit. Mehr Mittel für diesen vernachlässigten Bereich wäre die richtige Antwort auf die sowjetischen Gewaltdrohungen gewesen. Statt dessen wird durch Kürzungen bei der zivilen Verteidigung und dem Zivilschutz unsere Verwundbarkeit noch erhöht.

amnesty international unterstützen

Zu den von amnesty international veröffentlichten Zahlen über Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion erklärte Matthias Wissmann, MdB, Vorsitzender der Jungen Union Deutschlands, diese machten erneut deutlich, daß sich an dem totalitären Charakter des sowjetischen Regimes nicht nur nichts verändert habe, sondern im Gegenteil der rigorose Druck auf Andersdenkende noch zugenommen habe.

Aufgabe aller Demokraten in den Ländern der freien Welt sei es, immer wieder für Menschenrechte in der Sowjetunion einzutreten und die Arbeit von Organisationen wie amnesty international zugunsten politischer Gefangener mit Nachdruck zu unterstützen. Je stärker der Schleier des Schweigens über die Unterdrückung in der Sowjetunion gebreitet werde, desto größer sei die Gefahr, daß sich dort die Situation weiter verschlechtere.

■ UMWELTSCHUTZ

Statt Überwachung und Kontrolle bessere Rahmenbedingungen

Was wir in den nächsten Jahren schrittweise zu schaffen haben, ist ein ökologischer Rahmen der Marktwirtschaft. Er entsteht aus vielen Einzelgesetzen, nach dem Maß unseres fortschreitenden Wissens um Gefährdungen. Marktwirtschaft, bei vernünftigen politischen Rahmenbedingungen, ist eine gute Voraussetzung für Umweltschutz, besser als jedes zentralistische System.

Vielleicht können wir künftig zunehmend marktwirtschaftliche Steuerungsmaßnahmen in der Umweltpolitik selbst einbauen; das Abwasser-Abgabengesetz ist hierzu ein erster Schritt, stellte MdB Heinz Riesenhuber in der Bundestagsdebatte über Umweltpolitik fest. Die Demokratien waren bisher im Umweltschutz unvergleichlich erfolgreicher als totalitäre Systeme. Eine Diktatur könnte Umweltschutz schneller und rigoroser erzwingen. Den Diktaturen fehlt jedoch offenkundig die Motivation. Vorrang hat der Ausbau von militärischer Macht und wirtschaftlicher Stärke. Der Vergleich der Belastungen von Luft und Wasser, der Sicherheitsauflagen für Kernreaktoren in Industriestaaten des Ostblocks und Industriestaaten der freien Welt belegt dies offenkundig.

Was die Schwäche der Demokratien zu sein schien, die notwendige Rücksichtnahme auf den Willen der Bürger, dies hat sich als ihre eigentliche Stärke er-

wiesen: Denn die Bereitschaft der Bürger ist gewachsen, Opfer zu bringen für Umweltschutz, und damit nicht nur die Möglichkeit für den Politiker, Volkseinkommen zugunsten des Umweltschutzes umzuverteilen, sondern der Druck auf ihn, eben dies zu tun.

Der Rang der Aufgaben hat sich verschoben, die Werte haben sich gewandelt. Vorrang hatte in den 50er Jahren der Aufbau unseres zerstörten Landes, die Schaffung von Arbeitsplätzen für Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen, die mit nichts in die Bundesrepublik kamen — außer dem unschätzbaren Kapital einer Ausbildung, einer von Generationen überkommenen Tradition von handwerklicher Fertigkeit und fachlicher Disziplin.

Unsere Umweltpolitik war in dem Maß möglich und erfolgreich, in dem die Erkenntnis wuchs: Nicht ein Mehr von allem, was wir schon haben, bestimmt die Möglichkeit des Glücks. Es geht auch um den Reichtum und die Schönheit der Natur, die wir vorgefunden haben, der Umwelt, die wir zu gestalten haben.

Diese Umweltpolitik haben alle parlamentarischen Parteien gemeinsam geschaffen. Darauf hat die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage hingewiesen. Eine solche Gemeinsamkeit der Parteien ist von besonderer Wichtigkeit in Bereichen, wo langfristige Kontinuität für alle abseh-

bar und verlässlich sein muß: für den Bürger, für die Unternehmer bei der Planung von Produkten und Anlagen, für die Gemeinden bei ihren Investitionshaushalten.

Für die Durchsetzung des Verursacherprinzips

Bei all dieser Gemeinsamkeit entwickelt sich jedoch in den letzten Jahren zunehmend ein unterschiedlicher Stil der Umweltpolitik. Die Regierungspolitik läuft im Gegensatz zur Antwort der Bundesregierung darauf hinaus, daß ein ständig dichter geknüpfttes Netz von Verordnungen, Überwachung, Kontrolle und Bürokratie Umweltschutz sichern soll. Wir sind ganz entschieden für verbindliche Rahmenbedingungen und Grenzwerte, für die Durchsetzung des Verursacherprinzips, wo dies überhaupt anwendbar ist. Aber wir haben ein höheres Vertrauen in die Eigenverantwortlichkeit der Bürger, der Unternehmer, der Stadtdirektoren und Bürgermeister.

Wir erwarten vom Unternehmer, daß er bei einer neuen Auflage nicht nur prüft, wie die gebotenen Grenzwerte einzuhalten sind, sondern auch, ob es technisch-wirtschaftlich vertretbare Möglichkeiten gibt, sie zu unterschreiten. Oft geschieht dies schon. Diese Bereitschaft wird jedoch gefährdet, wenn ohne Rücksicht auf Besonderheiten des Einzelfalls diese neuen Erfolge umgehend verbindlich für alle festgeschrieben werden sollen.

Ein wesentlicher Teil unserer sichtbaren Erfolge im Umweltschutz entstand in einer verantwortlichen Partnerschaft vor Ort, zwischen Unternehmen und Behörden. Heute wachsen die Bürokratie.

Die Entscheidungsspielräume werden eingeengt. Eine Haltung breitet sich aus, die nicht mehr die bestmögliche Lösung vor Ort sucht, sondern die Eigenverantwortung zudeckt mit Verordnungen und vielfältigen Zuständigkeiten. Die Gewerbeaufsichtsämter werden zugleich überlastet und in ihren Wirkungsmöglichkeiten eingeschränkt. Absurd wird es, wenn ein Betriebsleiter, ein Beamter, der betroffene Bürger nicht mehr alle Vorschriften übersieht, die ihn angehen.

Der Erfolg von Umweltschutz erweist sich nicht in einem perfekten System von Gesetzen und Verordnungen; er zeigt sich in sauberer Luft, in reinem Wasser, in der Dämpfung des Lärms.

Wir brauchen nicht mehr, sondern bessere Gesetze

Was wir brauchen, das sind nicht mehr Gesetze, sondern genaue und wirksame Gesetze.

Über eine erhebliche Zeit haben wir Umweltschutz betrieben ohne Grundlagenforschung.

Uns fehlt, über die Wirkungen einzelner Schadstoffe hinaus, weitgehend noch das Verständnis für Zusammenhänge und Systeme. Volkswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Erwägungen sind schwierig. Sie können auch nicht mehr sein als Hilfe zur Entscheidung. Sie spielen aber praktisch überhaupt keine Rolle. Wir können nicht immer abwarten, bis wir alles wissen, bevor wir entscheiden. Optionen und Moratorien sind keine Politik. Die Notwendigkeit des Handelns reicht immer weiter als die Möglichkeit des Erkennens, sagt Kant.

■ ENTWICKLUNGSHILFE

Strategie der zwei Wege soll auch unseren Freunden zugute kommen

Die entwicklungspolitische Debatte des Bundestages war eine der letzten Aussprachen über Nord-Süd-Politik in dieser Legislaturperiode. Was trennt uns in der Nord-Süd-Politik von der Bundesregierung und was verbindet uns? Hierzu erklärte MdB Jürgen Todenhöfer, entwicklungspolitischer Sprecher der Fraktion:

Die CDU/CSU sagt ein klares Ja zur Entwicklungshilfe, ein klares Ja zum Kampf gegen Hunger, Not und Unterentwicklung in der Dritten Welt.

Die Koalition fordert in einem Antrag, die Bundesregierung solle bis 1985 0,7 % des Bruttosozialproduktes für öffentliche Entwicklungshilfe zur Verfügung stellen. Dies ist trotz der vielen nicht eingehaltenen Zusagen der Bundesregierung auf diesem Gebiet ein bemerkenswerter Vorgang. Wir erwarten zu diesem Antrag ein klares Wort des Bundeskanzlers, der im Wahlkampf 1976 der CDU/CSU vorgeworfen hat, ihre damalige Forderung nach höherer Entwicklungshilfe sei nur durch Kürzungen der Sozialleistungen oder durch Steuererhöhungen zu finanzieren.

Wir erwarten ein klares Wort des Finanzministers, der noch vor wenigen Wochen auf dem SPD-Parteitag erklärte, eine Realisierung dieses Zieles bis Ende der 80er Jahre sei völlig unrealistisch. Was der Antrag wirklich wert ist, wird die Koalition schon in wenigen

Wochen bei der Behandlung des Nachtragshaushaltes sowie bei der Vorlage der nächsten mittelfristigen Finanzpläne zeigen können.

Für die CDU/CSU ist schon jetzt festzustellen: Eine Erhöhung der Entwicklungshilfe für vernünftige und politisch richtige Maßnahmen ist noch nie an unserer Fraktion gescheitert. Das gilt auch für die Zukunft.

Die CDU/CSU ist wie die Bundesregierung der Auffassung, daß zur Zeit folgende Maßnahmen zu den Prioritäten der deutschen Entwicklungshilfe gehören müssen:

1. die Förderung der Nahrungsmittelproduktion in den Entwicklungsländern;
2. die Förderung der Energie- und Rohstoffproduktion in den Entwicklungsländern;
3. die verstärkte Berücksichtigung der Umweltprobleme und des ökologischen Gleichgewichts und
4. verstärkte Anstrengungen im Bereich der sogenannten Grundbedürfnisstrategie.

Keine ausreichende Übereinstimmung

Die Union tritt für eine wesentliche stärkere Unterstützung von Privatinvestitionen in der Dritten Welt ein. Sie leisten in vielen Bereichen einen wesentlich wirkungsvolleren Entwicklungsbeitrag als öffentliche Entwicklungshilfe.

Die CDU/CSU fordert, daß der Grundsatz des Gebens und Nehmens endlich auch in die praktische Entwicklungspolitik Eingang findet. Die deutsche Entwicklungshilfe darf nicht länger eine Einbahnstraße sein.

UNO-Hilfe muß wirksam verbessert werden

Die Union gibt der bilateralen Entwicklungshilfe einen klaren Vorrang vor der multilateralen Entwicklungshilfe, insbesondere vor der Entwicklungshilfe der UNO. Auch für uns ist die UNO eine notwendige Einrichtung. Dies wird uns allerdings nicht daran hindern, unsere freiwilligen Beiträge zur UNO-Entwicklungshilfe davon abhängig zu machen, daß die UNO ihre Politik der doppelten Moral beendet, die unerträgliche Politisierung ihrer Fachorganisationen abbaut, die fortschreitende Bürokratisierung stoppt und die geringe Wirksamkeit der UNO-Entwicklungshilfe endlich verbessert.

Die CDU/CSU ist der Auffassung, daß die Probleme der Entwicklungsländer nur in einer freien Weltwirtschaftsordnung gelöst werden können. Wir teilen nicht den Glauben der SPD an planwirtschaftliche internationale Mechanismen zur Lösung der Probleme der Dritten Welt.

Der folgenschwerste Fehler der deutschen Nord-Süd-Politik war die völlige Fehleinschätzung der sowjetischen Offensive in der Dritten Welt, obwohl die Ziele dieser Offensive spätestens seit der Intervention der Kubaner und Russen in Angola klar erkennbar waren. Ziel dieser Offensive hieß und heißt: Kontrolle der Rohstoffversorgungswege des Westens zur Dritten Welt.

Die sowjetische Offensive hat den betroffenen Entwicklungsländern unvor-

stellbares Elend gebracht. Seit Beginn dieser Offensive gibt es über 11 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene in der Dritten Welt. 95 Prozent dieser Menschen sind vor marxistisch-sozialistischen Regierungen geflohen. Knapp fünf Prozent sind aus sogenannten kapitalistischen Ländern geflohen. Die Menschen in der Dritten Welt fliehen nicht vor dem Kapitalismus, sie fliehen vor dem Marxismus. Marxisten sind Stümper im Aufbauen, aber Meister im Zerstören. Was der Marxismus in den letzten Jahren in der Dritten Welt zerstört hat, kann in Jahrzehnten durch Entwicklungshilfe und humanitäre Hilfe nicht wieder gutgemacht werden.

Die Lösung der Nord-Süd-Probleme ist durch die sowjetische Offensive in der Dritten Welt erheblich schwieriger geworden. Das bedeutet nicht, daß die deutsche Entwicklungspolitik von nun an ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des Ost-West-Konflikts betrieben werden muß. Aber es bedeutet, daß der Ost-West-Konflikt bei den Entscheidungen der deutschen Entwicklungspolitik in Zukunft stärker als bisher berücksichtigt werden muß.

Verstärkte Hilfe für unsere Freunde in der Dritten Welt

Die Union vertritt bei der Vergabe der Entwicklungshilfe eine „Strategie der zwei Wege“:

1. Es ist auch in Zukunft ein Gebot der Menschenwürde, die ärmsten und am wenigsten entwickelten Entwicklungsländer besonders zu berücksichtigen.
2. Verstärkte Bedeutung bei der Vergabe unserer Entwicklungshilfe müssen in Zukunft unsere Freunde und Verbündete in der Dritten Welt haben.

■ KOALITION

Brief Carters an Schmidt zwei Tage unbeachtet im Kanzleramt

Im Kanzleramt hat sich, wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ berichtet, über die Osterfeiertage eine Informationspanne ereignet. Zwei Tage lang blieb in der vom früheren Botschafter von Staden geleiteten Abteilung II (Auswärtiges und Innerdeutsches) des Bundeskanzleramtes ein Brief des amerikanischen Präsidenten Carter an den deutschen Regierungschef Schmidt liegen. Carter hatte diesen Brief über die amerikanische Botschaft in Bonn übermittelt. Die Botschaft gab ihn an der Pforte des Kanzleramtes ab; die Grenzschutzbeamten reichten ihn ordnungsgemäß weiter; danach verloren sich zunächst die Spuren. Die Nachprüfungen der Amtsleitung ergaben, daß höhere Beamte für die Verzögerung der Information verantwortlich waren, in der Carter vorab mitteilte, daß er am Dienstag nach Ostern, dem 8. April, die Sanktionen der Vereinigten Staaten gegen den Iran bekanntgeben wollte und von den europäischen Verbündeten Vergleichbares erwartete.

Ferner wurde jetzt bekannt, daß die Bundesregierung über den amerikanischen Plan zur Befreiung der in der Teheraner Botschaft festgehaltenen Geiseln besser informiert war, als sie zunächst glauben machte. Washington hatte die Verbündeten über diese Absicht schon im März unterrichtet, allerdings keine Details über Tag und Ablauf mitgeteilt. Die europäischen Verbündeten hatten sich über mangelnde

Konsultation durch die Amerikaner beklagt.

Rote Leihstimmen für die SPD

Die „Erste Sozialistische Arbeitskonferenz“ in Kassel, zu deren Initiatoren der aus der DDR ausgewiesene Regimekritiker Rudolf Bahro gehörte, war ein Volksfronttreffen von Sozialisten, Kommunisten und zum Teil prominenten Mitgliedern der SPD, wie zum Beispiel dem niedersächsischen SPD-Politiker Peter von Oertzen. Dabei wurde die extreme Linke vergattert, bei der Bundestagswahl nicht mit eigenen Kandidaten aufzutreten, da eine solche links-sozialistische Gruppierung die Chancen der SPD/FDP-Koalition zusätzlich schwächen würde. Die nur scheinbare Zurückhaltung der extremen Linken bei der Bundestagswahl liegt im Interesse Moskaus, das eine beeinflussbare Regierung in Bonn braucht, um seine gegen die Freiheit Europas gerichtete Politik fortsetzen zu können.

Seltsame FDP-Vorschläge

Bekanntlich liegt dem Bundestag ein aus der Verwaltungspraxis der Bundesländer erwachsener Entwurf des Bundesrates zur Reform der Grunderwerbsteuer vor. Die Länderkammer schlägt vor, den Steuersatz von sieben auf zwei Prozent zu senken und ein Großteil der zirka 85 Prozent Befreiungen zu streichen — eine aufkommensneutrale Lösung, die den Beifall der Fachleute gefunden hat. Die Bundesregierung dagegen hat sich genauso wie die Koalitionsparteien bisher vor einer konkreten Stellungnahme gedrückt.

Zu den neuesten Vorschlägen des FDP-MdB Gattermann — Abschaffung der Grunderwerbsteuer, Ausgleich des Einnahmefalles von zwei Milliarden

Mark durch eine Erhöhung der Grundsteuer — meint der Unionsabgeordnete Manfred Langner, dabei würde der „Häuslebauer“ vom Regen in die Traufe kommen und sich eine für viele Haushalte schon heute schmerzlich spürbare Dauerbelastung einhandeln. Langner fährt fort:

„Wie Gattermann des weiteren zu der Auffassung kommen kann, daß der Bürger mit einer 6,5prozentigen Mehrwertsteuerbelastung, die statt der Grunderwerbsteuer nach EG-Richtlinien Platz greifen soll, besser fahren würde, bleibt unerfindlich. Der private Hauserwerber, der nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt ist, wird nach den Gattermannschen Vorschlägen mit 4,5 Prozent mehr belastet als bei der Bundestagslösung.“

Die guten Russen und die böse CDU/CSU

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Philipp Jenninger, tadelte scharf den Wahlkampfstil Helmut Schmidts und begründet dies folgendermaßen: Während Schmidt durch schiefe historische Vergleiche mit 1914 die eindeutige Schuld und Verantwortung Moskaus für die gegenwärtige Weltkrise vernebelt, wird der innenpolitische Gegner nach Kräften diffamiert. Wer hält denn in Wahrheit „scharfmacherische Reden“? Doch wohl die sowjetische Führung und ihre Helfer bei „Nowosti“ und anderswo. Wenn diese unverhüllt mit Krieg drohen, schweigt der Kanzler, um seine Eintrittskarte für den Kreml nicht zu gefährden. Mit um so größerer Lautstärke will er die angebliche Gefahr ausgerechnet bei denen erkennen, die vor dem Expansionismus, dem Militarismus und der Kriegspolitik der Sowjetunion warnen.

Wenn der Bundeskanzler für ein totalitäres Regime, das in Afghanistan Krieg führt und Westeuropa mit Überrüstung und Krieg bedroht, vorwiegend verharmlosende, entschuldigende und einlullende Redensarten findet, gleichzeitig aber mit heuchlerischen Pathos die demokratischen Konkurrenten im eigenen Land mit üblen Verdächtigungen überzieht, so ist dies auf die Dauer ein unerträgliches Schauspiel. Was bleibt von der Glaubwürdigkeit eines Politikers, der nach außen den Frieden im Munde führt und innenpolitisch mit Bedacht Unfrieden sät; der trotz schwerwiegender äußerer Bedrohungen bewußt die Gemeinsamkeit der Demokraten im eigenen Land zerstört — nur, um auf diese Weise Stimmen zu fangen.

BuM-Skandal zieht Kreise

Fehler und Versäumnisse bei der Vergabe der Notbürgschaft in Höhe von 50 Mill. DM an die Beton- und Monierbau AG (BuM) im Sommer 1978 hat der Bundesrechnungshof auf 38 Seiten aufgelistet. Der haushaltspolitische Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Lothar Haase, fordert deshalb wegen größter Fahrlässigkeit bei der Gewährung der Bürgschaft und unwahrer Unterrichtung des Parlaments „notfalls“ personelle Konsequenzen für die betroffenen Staatssekretäre Lahnstein (Finanzen), Grüner und Schlecht (Wirtschaft).

Der Haushaltsausschuß werde sich, so Haase, weiter mit diesem „Skandal erster Ordnung“ befassen. Von der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses werde nur wegen der auslaufenden Legislaturperiode abgesehen. Haase hat auch den Verdacht, die Rolle des Kanzlers in der BuM-Affäre solle vernebelt werden.

■ JUGENDHILFEGESETZ

Union stimmt auch dem jüngsten Regierungsentwurf nicht zu

Die Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion im Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit haben nach einer monatelangen, konstruktiven und differenzierten Beratung der Einzelbestimmungen dem Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Reform der Jugendhilfe ihre Zustimmung versagt.

Dazu stellt MdB Hermann Kroll-Schlüter fest: Seit ungefähr zehn Jahren bemühen sich SPD/FDP um ein Jugendhilfegesetz. Es gibt sechs offizielle Entwürfe — auch Diskussionsentwürfe — und zahllose inoffizielle Vorschläge der Regierungskoalition. Die Öffentlichkeit ist durch ständige Änderungen der Regierungsvorschläge verunsichert und irregeführt worden. Ein Beispiel für die Konzeptionslosigkeit ist die Heimerziehung und geschlossene Unterbringung von Jugendlichen. Hilflos schwankt die Regierung zwischen Aufgabe und Aufrechterhaltung entsprechender Bestimmungen, zwischen Streichen und Wiedereinfügen.

Auch die CDU/CSU war für eine sachgerechte Reform des Jugendhilferechts eingetreten, forderte aber stets klare Rechtsbegriffe, überschaubare Leistungen bei Wahrung des festgeschriebenen Vorrangs freier Träger und dem grundgesetzlich geforderten Vorrecht des Elternrechts.

Mit dem jüngsten Entwurf legt die Bundesregierung einen überraschend weit-

schweifigen und — unter rechtlichen Gesichtspunkten — unbestimmten Leistungskatalog mit einseitigen Interpretationsanleitungen vor, der von Anfang nicht realisierbar, nicht finanzierbar und aus fachlichen Gründen nicht zustimmungsfähig erschien.

Die Spitzenverbände und betroffenen Jugendorganisationen haben zu den ständig wechselnden Entwürfen der Bundesregierung ihre Kritik differenziert, geduldig und beharrlich vorgebracht. Anlässlich des ersten Hearings war schließlich keine Bestimmung von der Kritik ausgenommen. Die Fachöffentlichkeit will ein JHG, aber jeder Verband ein anderes.

Der CDU/CSU ist durch ihre Regierungsverantwortlichkeit in den meisten Bundesländern die Schlüsselstellung auch bei dieser Reform zugefallen. Denn Jugendhilfe ist in weiten Bereichen Sache der Länder, nicht zuletzt in Fragen der Finanzierung. Der Entwurf des Bundesrates, initiiert durch das Land Baden-Württemberg, ist mit den modifizierten Änderungen bzw. Ergänzungen die Alternative der Union.

Zum Abschluß der Beratungen im Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit hat die Regierung einen wiederum stark veränderten Entwurf als Beschlußvorschlag vorgelegt, der jedoch in den entscheidenden Fragen nicht kompromißfähig ist und keine Zustimmung finden konnte.

Die Einzelkritik läßt sich wie folgt zusammenfassen:

1. Die Regierung übernimmt jetzt zur Frage des bisher anerkannten Vorrangs von freien Trägern gegenüber öffentlichen Trägern der Jugendhilfe die sogenannte „Fichtner-Formel“, wonach der freie Träger zwar in der Regel das Vorrecht haben soll, sie bleibt in der Ausgestaltung der Zusammenarbeit beider Träger jedoch bei der sogenannten „Partnerschaft“. Eine so einschneidende Veränderung der bestehenden, bewährten und auch weiterhin wünschenswerten Kompetenzverteilung genügt nicht dem Grundsatz der Subsidiarität. Die CDU/CSU wird hier keinen Kompromiß eingehen können.

2. Die im Regierungsentwurf ausgesprochenen Erziehungsziele des § 1 JHG bleiben unannehmbar, obwohl der § 11 Abs. 2 JHG entfallen ist. Es bleibt unerträglich und undurchführbar, daß der Staat sich in die Pflicht zur Erziehung rufen will, wann immer junge Menschen, zum Beispiel ihre persönlichen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen nicht erkennen. Für ein derart weitgefaßtes Erziehungsrecht ist weder nach unserer Rechtsordnung noch nach unserem Verständnis Raum zur Gestaltung. Auch in dieser Hinsicht ist die Bundesratsfassung die sachgerechte Regelungsgrundlage.

3. Das selbständige Antragsrecht des Jugendlichen ist zwar gemäßigt worden, bleibt aber ein möglicher Beitrag zum Unfrieden und Zerwürfnis in der Familie. Es sollte grundsätzlich entfallen, weil es den Jugendlichen eher Schaden als Nutzen bringen kann. Es ist skandalös und nicht moralisch, wenn innerhalb weniger Wochen aufgrund des jetzt den Eltern eingeräumten Rücknahmerechts der Anträge ihrer

Kinder die bisherige Position (Jugendliche emanzipieren sich in der und gegen die Familie) die Parodie propagiert wird: „Eltern können den Jugendlichen das Antragsrecht entziehen.“

4. Die unklaren, neuen Rechtsbegriffe, zum Beispiel „Gefährdung und Störung der Entwicklung“ mit ihren einseitigen Auslegungen in der Begründung des Gesetzentwurfes sind ersetzbar; zumindest sollte klargestellt werden, daß die pädagogisch und therapeutisch nicht abgesicherten Behauptungen und Begründungen der Regierung für diese und ähnliche Begriffe nicht zur Auslegung herangezogen werden.

5. Der Regierungsentwurf fordert im § 13 eine „Untersuchung und Gesamtplan“ für den Fall, daß einem Minderjährigen Hilfe zur Erziehung entweder in Familienpflege oder Heimerziehung bzw. einer „pädagogisch betreuten Wohngruppe oder andere Wohnform“ zu gewähren ist. Ein derartiger Erziehungsgesamtplan für junge Menschen bleibt ein Problem, wenngleich sich die Bundesregierung an dieser Stelle nachgiebig zeigte. Im Sinne der wissenschaftlichen Redlichkeit, der Freiheit der betroffenen Menschen und der Praktikabilität angesichts der ständigen Entwicklung junger Menschen sollte vielmehr ein „Verbund von Hilfen“ gefordert und angeboten werden.

Regierungsentwurf ist angestaubt und geschwätzig

Nicht überzeugend ist die Regelung und Begründung des Regierungsentwurfes zum Bereich der Jugendarbeit. Die Kompromißfassung des Bundesrates ist eindeutig besser. Schon in eini-

gen Jahren wird sich die sozialpädagogische Poesie des Regierungsentwurfs mit ideologischen Anklängen der Begründung als angestaubt und geschwätzig erweisen, mit der die Regierung ihre Nostalgie der 60er und 70er Jahre pflegt.

7. Von § 18 an ist die Kompromißwilligkeit der Bundesregierung erloschen. Es ist der sozialpädagogische Perfektionismus, die viel kritisierte Umklammerung durch den Erziehungsstaat, die Koppelung von Erziehung und Therapie als Allheilmittel sozialpädagogischer Neubesinnung.

8. Auch die staatlichen Garantien für frühkindliche Erziehung bleiben problematisch, zum Beispiel die Regelungen zur Erziehung in Kindertagesstätten und in Tagespflege, weil dadurch die Mutter geradezu zur Berufstätigkeit gedrängt wird.

9. Nach der Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge wäre es unverantwortlich, mit Zustimmung zur Regierungsvorlage einen weiteren Schritt in Richtung Erziehungsstaat zu unternehmen.

Bedenken im Rechtsausschuß

Im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens wird das JHG gegenwärtig im Rechtsausschuß beraten. Unsere Bedenken im Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit sind vollständig bestätigt worden; dies gilt bereits für die alles entscheidende Frage nach der Verfassungsmäßigkeit des rechtlichen Ansatzes dieses Gesetzentwurfes.

Erhebliche Bedenken werden nunmehr nicht nur von der Fachöffentlichkeit, sondern auch aus Kreisen der Koalitionsfraktion getragen. Es zeigt sich, daß die Bundesregierung wieder einmal

voreilig und im Zugzwang des Bundestagswahlkampfes ein Gesetz durch die parlamentarischen Gremien zu peitschen versuchte, ohne sich sorgfältig mit den bedenklichen rechtlichen und fachlichen Fragen des Gesetzes zu befassen. Von der Frage der Finanzierbarkeit und eines Ausgleichs der die Gemeinden betreffenden Folgelasten des Gesetzes war ohnehin bisher nie die Rede, wenngleich der Bundeskanzler noch in seiner Regierungserklärung im Jahre 1976 voreilig und vorlaut eine finanzielle Absicherung zusicherte.

Fachliche Fehlleistung

Fachlich ist Frau Minister Huber mit diesem Gesetz gescheitert; finanziell ist die Bundesregierung ohnehin am Ende und es scheint sich eine gewisse Beruhigung in Kreisen der SPD/FDP abzuzeichnen, daß das Gesetz jetzt offensichtlich an sachlich-rechtlichen Mängeln scheitert und somit wenigstens das Eingeständnis der Nichtfinanzierbarkeit vermieden wird.

Die Union wird sich im kommenden Wahlkampf darauf einstellen müssen, daß die durch die Bundesregierung erzeugte Resignation unter der jungen Generation, die wieder einmal mit einem angekündigten aber nicht verabschiedeten Gesetz getäuscht wurde, propagandistisch der Union zur Last gelegt werden wird.

Die CDU/CSU hat aber die Gewißheit, daß ihre Haltung schlimmeres verhindern half und sie kann sich hierbei auf alle fachlichen, religiösen Kräfte, Verbände und Elternvereine stützen. Die Union hat letztlich im Interesse und zum Wohle der Familie, des innerfamiliären Zusammenlebens und zur Vermeidung eines weiteren Schritts in Richtung Sozialismus gehandelt.

■ KUNST

Fünf-Punkte-Katalog zur Förderung junger Künstler

In Abstimmung mit den von der Union regierenden Ländern hat die CDU/CSU im Bundestag einen Vorstoß zur besseren Förderung des künstlerischen Nachwuchses durch den Bund unternommen.

In einem im Bundestag eingebrachten Antrag werden eine verstärkte Berücksichtigung junger Künstler bei der Stipendienvergabe, die Förderung auch von außereuropäischen Studienaufenthalten sowie Hilfen beim Bau von Atelierwohnungen, steuerliche Maßnahmen und mehr Ankäufe von Arbeiten der Nachwuchskünstler durch den Bund gefordert.

Dazu erklären der Vorsitzende des Gesprächskreises „Kunst- und Kulturpolitik“, MdB Volkmar Köhler, und der Vorsitzende des Arbeitskreises VI für Bildung und Wissenschaft, Forschung und Technologie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Anton Pfeifer:

Im System der öffentlichen Maßnahmen zur Förderung von Kunst und Kultur sind die Möglichkeiten zur Förderung junger Künstler vor allem im fortgeschrittenen Stadium der künstlerischen Entwicklung äußerst begrenzt. Im Anschluß an die institutionelle Ausbildung folgt für junge Künstler im allgemeinen zunächst eine Schaffensphase, in der sie durch ihre künstlerische Arbeit noch keine ausreichenden Einkünfte erzielen können. Für viele ist die künstlerische Weiterentwicklung deshalb in Frage gestellt, weil sie gezwungen sind,

ihren Lebensunterhalt überwiegend durch anderweitige Tätigkeiten zu sichern.

Die CDU/CSU regt deshalb zur Förderung junger Künstler in der Bundesrepublik unter anderem folgende Maßnahmen an:

1. Verbesserung der Stipendienmöglichkeiten speziell für den künstlerischen Nachwuchs! Hierbei kommt der Förderung des Auslandsaufenthaltes vor allem in neuen Kunstzentren, wie z. B. New York, auch durch Teilstipendien, hohe Bedeutung zu.
 2. Verbesserung der Erfolgchancen junger Künstler auf dem Kunstmarkt, z. B. durch Maßnahmen im Stiftungsrecht.
 3. Förderung des Baus von Atelierwohnungen, um so für viele junge Künstler bessere Arbeitsvoraussetzungen zu schaffen.
 4. Entlastung der künstlerischen Berufe — insbesondere auch der Gruppe jüngerer und noch nicht arrivierter Künstler — durch Festsetzung des Veranlagungszeitraumes bei der Einkommensteuererhebung für Künstler auf 3 Jahre.
 5. Einsatz der Mittel, mit denen der Bund auf dem Kunstmarkt als Nachfrager auftritt (z. B. bei der Vergabe von Kunst-am-Bau-Aufträgen, mit Ankauffonds, durch Veranstaltungen im Rahmen der kulturellen Außenpolitik) speziell unter dem Aspekt der Förderung junger Künstler.
- Die Bundesregierung hat es an Versprechungen nicht fehlen lassen. Das wirklich Erreichte nimmt sich jedoch eher bescheiden aus. Die CDU/CSU fragt die Bundesregierung daher, welche Maßnahmen zur Förderung von Kunst und Kultur sie außerdem noch in dieser Legislaturperiode für notwendig hält.

Zur Sache:

Energie sichert Arbeitsplätze

Punkt eins: Es ist eine Binsenweisheit, daß nur eine ausreichende Energieversorgung Arbeitsplätze sichert und uns allen Wohlstand und soziale Sicherheit gibt.

Punkt zwei: Es ist eine Binsenweisheit, daß wir uns in einer gefährlichen Abhängigkeit von immer knapper und teurer werdendem Öl befinden.

Die Folgerung aus eins und zwei: Jetzt muß gehandelt werden.

Was aber tut die SPD/FDP-Regierung? Nichts. Kanzler Schmidt und die energiepolitischen Eiferer in der SPD/FDP diskutieren seit sieben Jahren, halten alles offen, entscheiden nichts und drücken sich um die Verantwortung.

Doch die Stunde der Wahrheit wird kommen,

- wenn der Ausbau der Kraftwerke nicht mit unserer wirtschaftlichen Entwicklung Schritt hält;
- wenn die Erdölländer uns weiter die Daumenschrauben anlegen.

Die energiepolitische Krise der achtziger Jahre ist damit programmiert.

Schon lange hat die Union vor dieser Gefahr gewarnt. Sie hat sich deshalb für einen angemessenen Ausbau der Kernenergie unter Wahrung strengster Sicherheitsvorkehrungen eingesetzt.

Zusammen mit einer verstärkten Nutzung unserer Kohle, der Entwicklung neuer Energiequellen und einer größeren Energieeinsparung ist der vernünftige Einsatz der Kernenergie unsere einzige Chance, energiepolitisch zu überleben und die Umweltbelastung in vertretbaren Grenzen zu halten.

Die CDU streut den Bürgern keinen Sand in die Augen. Sie sollen wissen, was wir wollen. Unser energiepolitisches Konzept ist ausgewogen, zumutbar und realistisch. Die Geschlossenheit und Stetigkeit, mit der es von der gesamten Union unterstützt wird, garantiert die Bewältigung dieser schwierigen Zukunftsaufgabe.

Helfen Sie mit, daß in unserem Land wieder eine vernünftige Energiepolitik gemacht werden kann.

CDU
II sicher
sozial
und frei

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

■ ZITAT

Angstmacherei

Wer Angst hat oder wer es zuträglich findet, Angsthaben vorzuzeigen, dem ist zur Zeit in Nordrhein-Westfalen Gelegenheit gegeben, sich damit nützlich zu machen. Im Landtagswahlkampf wird Angst als Argument herumgereicht, SPD zu wählen. Zwar hat sich Ministerpräsident Rau von der geschmacklosesten Variante dieser Strategie distanziert — Frauen sorgten sich in Anzeigen um das bedrohte Leben ihrer wehrfähigen Männer. Aber ganz voran marschiert Bundeskanzler Schmidt mit seinem „Kriegsausbruch 1914“-Vergleich. Auf der anderen Seite waren propagandistische Anerbieten selbständiger Helfer oder von Mitgliedern an der Basis stets ein Faktor im Wahlkampf der SPD. Bemerkenswert ist etwas anderes. Als vor langer Zeit mitten in der Entspannungsgemütlichkeit die CDU davor warnte, Sicherheitsinteressen zu gefährden, wurde ihr Angstmacherei vorgeworfen. Gleich fanden sich Professoren,

die nachwiesen, daß Angstmacherei undemokratisch sei. Jetzt, da die Sowjetunion alles tut, die Bundesrepublik in Angst zu versetzen, verhält sich nach Ansicht von SPD-Politikern und Anhang der verantwortungslos, die Angst nicht als Argument gelten lassen will. Die Logik solcher Widersprüche hat es in sich.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. Mai 1980

In Nordrhein-Westfalen erleben wir jetzt wie die Regierung und die größte Regierungspartei, hier die SPD, gegen die Moral verstoßen und sich schuldig machen: Indem sie für den Fall eines Regierungswechsels in Düsseldorf die Gefährdung des Weltfriedens verkünden, also ein böses Geschäft mit Kriegsangst betreiben; indem sie wider besseres Wissen Oppositionspolitiker verteuern, die Konsequenzen aus den hohen Staatsschulden fordern, indem sie „soziale Demontage“ schreien, wenn eine laut über sozialen Wildwuchs nachdenkt; indem Ministerpräsident Johannes Rau — der Mann mit dem hohen moralischen Anspruch des „Bruder Johannes“ — dies alles unterschreibt.

Rheinische Post, 3. Mai 1980

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Tel. (0 22 21) 54 41. Verlag: Unions Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Tel. (0 22 21) 22 10 81. Vertrieb: Tel. (0 22 21) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. Bankverbindungen: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis: jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UId